

ANDREAS MATTFELDT MdB

Verden-Osterholz

BERLIN AKTUELL

Liebe Freunde,

diese Woche war einiges im Bundestag los – entsprechend schaffen es auch direkt drei „Fotos der Woche“ in diesen Newsletter.

Zu den schönen Themen dieser Woche gehörte zweifellos der Besuch meiner Kollegin Birgit Heitland vom hessischen Landtag sowie mehrerer Besuchergruppen aus meinem Wahlkreis. Ernsthafter hingegen war der Termin zur neuen Sanduhr, die nun zwischen dem Kanzleramt und dem Paul-Löbe-Haus steht, auf etwas Eschreckendes hinweist: Schon seit 188 Tagen sind über 100 Geiseln noch immer in den Fängen der Hamas!

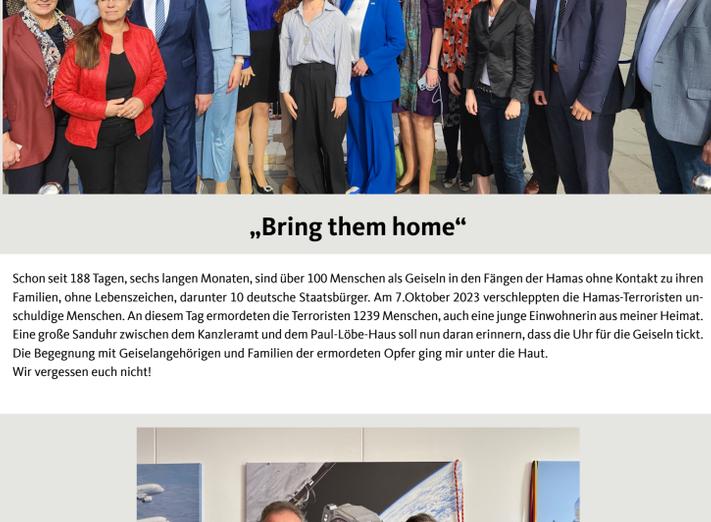
Mehr Informationen zu diesen und weiteren Themen in den jeweiligen Rubriken.

Herzliche Grüße

Ihr/Euer

Andreas Mattfeldt

FOTOS DER WOCHE



„Bring them home“

Schon seit 188 Tagen, sechs langen Monaten, sind über 100 Menschen als Geiseln in den Fängen der Hamas ohne Kontakt zu ihren Familien, ohne Lebenszeichen, darunter 10 deutsche Staatsbürger. Am 7. Oktober 2023 verschleppten die Hamas-Terroristen unschuldige Menschen. An diesem Tag ermordeten die Terroristen 1239 Menschen, auch eine junge Einwohnerin aus meiner Heimat. Eine große Sanduhr zwischen dem Kanzleramt und dem Paul-Löbe-Haus soll nun daran erinnern, dass die Uhr für die Geiseln tickt. Die Begegnung mit Geiselnangehörigen und Familien der ermordeten Opfer ging mir unter die Haut. Wir vergessen euch nicht!



Andreas Mattfeldt mit Dr. Gilles Rabin - Botschaftsrat für Raumfahrt

Raumfahrt verbindet Nationen

Der „deutsch-französische Motor“ läuft auf Arbeitsebene! Diese Woche war Dr. Gilles Rabin, Botschaftsrat für Raumfahrt von der französischen Botschaft in Berlin, zu Gast in meinem Büro, der Themen ebenso gerne offen anspricht, wie ich. Das hat unser Gespräch besonders zielführend gemacht. Wir konnten uns auf einer Ebene über den Stand und die Herausforderungen der deutsch-französischen Zusammenarbeit und wie die europäische Raumfahrt in Zukunft aufgestellt werden sollte, austauschen.

Deutschland und Frankreich sind mit 21% (4 Mrd. €) bzw. 19% (3,2 Mrd. €) die beiden größten Einzahler bei der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) – dicht gefolgt von Italien mit 18% (3 Mrd. €). Bei diesen Einzahlungen handelt es sich um sog. Zeichnungen. Diese nehmen die ESA-Mitglieder im Zuge der alle drei Jahre stattfindenden Ministerratskonferenz (MRK) vor, und entscheiden dort über die eigenen Forschungsschwerpunkte für die kommenden Jahre. Dabei gehen die starken Initiativen von Deutschland und Frankreich auf ebenso starke Raumfahrtindustrien und Forschungseinrichtungen zurück. Im Bremer Raum denke ich dabei an den Satellitenbauer OHB, Airbus Space oder die Universität Bremen. Allerdings muss Deutschland aufpassen, nicht den Anschluss zu verlieren: Unsere Partner holen massiv auf!

In unserem Gespräch wurde zudem der verbindende Charakter der Raumfahrt deutlich. Die Raumfahrt ist eine verbindende Brücke zwischen Fraktionen im Deutschen Bundestag oder Nationen in Europa und auf der Welt, da es hier um Zukunftsforschung für die gesamte Menschheit geht. Beispielsweise ist die Raumfahrt der letzte verbliebene Teil, in dem die Länder der „Westlichen Welt“ mit der Russischen Föderation zusammenarbeiten.

Dies habe ich auch in meinem Schreiben an Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier deutlich gemacht. Hierin habe ich ihn gebeten, im Zuge des Besuchs des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron in Deutschland, das Thema auf die Tagesordnung zu heben.



Andreas Mattfeldt mit Birgit Heitland

Birgit Heitland - Obfrau des Petitionsausschusses Hessen – zu Besuch

Diese Sitzungswoche begleitete mich Birgit Heitland MdL aus dem hessischen Landtag, um einen Einblick in den Berliner Polit Alltag zu bekommen. Birgit ist Chefin der CDU-Landtagsfraktion für Petitionen. Es ist gerade bei der Petitionsarbeit total wichtig, dass sich Bund- und Länderebene regelmäßig austauschen. Schließlich wollen wir gemeinsam für die Menschen in unserem Land, dort wo es möglich und gerechtfertigt ist, was erreichen. Danke, liebe Birgit, dass Du bei uns warst.

THEMEN DER WOCHE

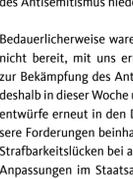
Vernichtendes Urteil des BRH zur Versorgungssicherheit Deutschlands

Diesen Mittwoch hatten wir im Haushaltsausschuss eine Debatte über den Bericht des Bundesrechnungshofs, der der aktuellen Politik zu Energiewende und Versorgungssicherheit ein vernichtendes Urteil ausstellt. Der Bundesrechnungshof sieht das Ziel einer sicheren (und bezahlbaren) Versorgung mit Elektrizität als nicht gesichert an. Unter anderem haben wir mittlerweile einen Verzug von 6000 km bzw. sieben Jahren beim Netzausbau und auch beim Ausbau der Erneuerbaren können die Ziele nicht ansatzweise erreicht werden. Ebenso droht die Kraftwerksstrategie zu scheitern – mit Risiko einer erheblichen Lücke an gesicherter, steuerbarer Kraftwerksleistung zum Ende des Jahrzehntes. Dies verstärkt durch die Abschaltung der Atomkraftwerke.

Fakt ist, dass die Probleme nicht erst seit 2021 bestehen, sondern etwa die große Spreizung zwischen geplantem und tatsächlichem Netzausbau bereits unter dem damaligen Minister Sigmar Gabriel begann. Unter der Ampel vergrößern sich die Herausforderungen allerdings ebenfalls weiter, der Bundesrechnungshof selbst spricht von einer weiteren Verschärfung seit 2021. Die Energiewende könnte so mit allen finanziellen und wirtschaftlichen Konsequenzen scheitern.

Bundesminister Robert Habeck hingegen sieht keine Probleme, sondern sieht sich auf dem besten Weg – das hat er im Haushaltsausschuss gestern klar gemacht. Dass die Stromkosten wenn überhaupt auf dem heutigen hohen und nicht wettbewerbsfähigen Niveau bleiben werden und etwa auch dass die Frage weiterhin unbeantwortet bleibt, wer die mehr als 400 Mrd. Euro für den für die Energiewende notwendigen Netzausbau zahlen soll, das sieht er nicht. Er schlägt hingegen die Streckung der Nettentgelte durch ein „Amortisationskontos“ vor. Die Kosten bleiben aber.

Der gesamte Bericht ist über die Seite des Bundesrechnungshofs abrufbar.



Andreas Mattfeldt mit Dieter Schläpfermann aus Wangerland, der sich für die Umrißung des FSRU in Wilhelmshaven einsetzt

LNG: Ampel verzögert weiter

Wie im letzten Newsletter berichtet, hatte die Ampel bereits zweimal den Tagesordnungspunkt zum LNG-Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) von der Tagesordnung nehmen lassen und damit eine Debatte um einen effizienten, sparsamen und sachgerechten Ausbau der LNG-Infrastruktur verhindert. Insbesondere ist das Thema rund um die Einleitung von Biogenen am Standort Wilhelmshaven I bei Wangerland und das Ignorieren des BMWK eines parlamentarischen Beschlusses kritisch. Für den Haushaltsausschuss am letzten Mittwoch war dazu erneut eine Debatte angesetzt – aufgrund der Schwere der Vorwürfe hatten die Unionsfraktion hierzu um die Teilnahme von Minister Habeck gebeten. Die Ampel hatte per Mehrheit allerdings auch diese Debatte und damit zum dritten Mal von der Tagesordnung streichen lassen.

Unsere Gesetzentwürfe und Anträge zur Bekämpfung des Antisemitismus

Seit dem Terroranschlag auf Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 ist Antisemitismus der deutschen Straßen, in Bildung und Wissenschaftseinrichtungen sowie im Kunst- und Kulturbetrieb in erschreckender und alarmierender Weise zutage getreten. Jüdische Bürgerinnen und Bürger, Lehrkräfte, Studenten und Wissenschaftler erfahren noch häufiger als zuvor Anfeindungen und Angriffe. In unserem Leitartikel zur Vereinbarten Debatte am 9. November 2024 – 85 Jahre nach der „Reichspogromnacht“ – haben wir festgehalten: Der Staat Israel und die Jüdinnen und Juden in Deutschland können sich unserer unverrückbaren und anhaltenden Solidarität sicher sein. Diese Solidarität und Gewissheit müssen auch morgen und in dieser Woche ergehen, wenn der Krieg im Nahen Osten länger dauert oder zu Ende ist. Die Solidarität darf auch dann nicht nachlassen, wenn Antisemiten und Israelhasser ihre Parolen auf deutsche Straßen tragen. Dieses Versprechen haben wir ein. In unserem Leitartikel haben wir 49 Punkte für eine wirksame Unterstützung Israels und eine entschlossene Bekämpfung des Antisemitismus niedergelegt.

Bedauerlicherweise waren die Fraktionen der Ampel-Koalition nicht bereit, mit uns ernsthaft über gemeinsame Positionen zur Bekämpfung des Antisemitismus zu sprechen. Wir werden deshalb in dieser Woche unsere eigenen Initiativen und Gesetzentwürfe erneut in den Deutschen Bundestag einbringen. Unsere Forderungen beinhalten insbesondere die Schließung von Strafbareitslücken bei antisemitischen Hassdemonstrationen, Anpassungen im Staatsangehörigkeitsrecht zur Verhinderung der Einbürgerung von Antisemiten und Hamas-Unterstützern sowie Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus in Bildung und Forschung.

Wirtschaftswende jetzt – Sofortprogramm für die deutsche Wirtschaft

Die Weltwirtschaft wächst. Derweil trüben sich die Aussichten für die deutsche Volkswirtschaft im Jahr 2024 weiter stark ein. Schon im Jahr 2023 schrumpfte sie um 0,3 Prozent, das produzierende Gewerbe sogar um 1,5 Prozent. Zahlreiche Unternehmen verlagern Teile oder gar die gesamte Produktion aufgrund der hierzulande ungünstiger werdenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in das europäische oder außereuropäische Ausland. Die Ampel-Regierung hat Deutschland auf einen Pfad der Abzession, der Deindustrialisierung und des wirtschaftlichen Abstiegs geführt. Deutschland braucht jetzt eine Wirtschaftswende. Wir sind ein starkes Land mit viel ökonomischer Substanz, tatkräftigen Arbeitnehmern und innovativen Unternehmen. Zur Entfaltung dieser Stärke muss die Bundesregierung die Rahmenbedingungen des Standorts Deutschland deutlich verbessern. Unsere Vorschläge stellen wir mit einem Antrag zur Abstimmung im Deutschen Bundestag und geben der FDP-Bundestagsfraktion die Gelegenheit, sich diesem anzuschließen. Unser Sofortprogramm umfasst 12 Punkte: Darunter die steuerliche Begünstigung von Überstunden für Vollzeitbeschäftigte; die Einführung von strengeren Sanktionen für Bürgergeldbezieher, wenn die Arbeitsaufnahme verweigert wird; die vollständige Rücknahme der von der Ampel beschlossenen Steuererhöhung für Landwirte; sowie die dauerhafte Senkung der Stromsteuer auf das europäische Minimum und die Halbierung der Nettentgelte.

Aktuelle Stunde: Ursachen und Konsequenzen der Polizeilichen Kriminalstatistik 2023 – Steigende Kriminalität auch im Kontext der aktuellen Migrationslage nicht länger hinnehmen

In dieser Woche wurde die Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2023 bekannt. Die deutliche Zunahme der Kriminalität im zweiten Jahr in Folge ist besorgniserregend. Gerade die Höchststände bei der Gewaltkriminalität, bei Straftaten durch Kinder und Jugendliche sowie der überproportionale Anteil an nicht-deutschen Tatverdächtigen sind erschreckend. Die Zahlen belegen: Die Integrationskraft unseres Landes ist an seine Grenzen gelangt. Diese Entwicklungen bedürfen einer klaren und wirksamen politischen Reaktion: Die Bundesinnenministerin muss mit ihren Länderkollegen schnellstens einen Aktionsplan erarbeiten. Polizei und Justiz brauchen jetzt unsere maximale Unterstützung. Die Bundesregierung muss zudem endlich die illegale und unkontrollierte Migration als Sicherheitsrisiko anerkennen und wirksame Maßnahmen zu ihrer spürbaren Reduzierung ergreifen.

Notwendige Nutzung der Kernenergie in der Energiekrise – Rückbau stoppen, Moratorium umsetzen

In unserem Antrag Notwendige Nutzung der Kernenergie in der Energiekrise – Rückbau stoppen, Moratorium umsetzen stellen wir erneut fest: Die Abschaltung der letzten drei deutschen Kernkraftwerke im April 2023 – mitten in der Energiekrise – war ein Fehler. Ein Weiterbetrieb dieser Anlagen hätte entscheidend zur Sicherung der Energieversorgung, zur Senkung der Strompreise, zum Erhalt von Arbeitsplätzen und zum Klimaschutz beigetragen. Deutschland kann auf die Kernenergie nicht verzichten – zumal viele andere europäische Länder die Laufzeiten ihrer Kraftwerke verlängern oder neue Anlagen planen. Mit unserem Antrag – den wir in dieser Woche erstmalig beraten – betonen wir die Bedeutung der Kernenergie für eine emissionsarme Stromversorgung. Wir fordern, die Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung in diesem Bereich zu stärken. Unser Ziel ist es, ein Rückbau-Moratorium für die zuletzt abgeschalteten Kernkraftwerke zu erwirken, die Förderung der Fusionsenergie voranzutreiben und den internationalen Austausch zur Nutzung der Kernenergie zu intensivieren.

Gesetz zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls

In erster Lesung beraten wir unseren Entwurf für ein Gesetz zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls. In der letzten Legislaturperiode wurden auf Drängen der Union bestimmte Befugnisse der Ermittlungsbehörden zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls erweitert. Dies betrifft insbesondere den Bereich der Telekommunikationsüberwachung. Diese Erweiterung wurde aber auf Betreiben der SPD nur befristet für fünf Jahre festgeschrieben und angenommen. Sie endet mithin am 11. Dezember 2024. Mit unserem Gesetzentwurf – den wir in dieser Woche abschließend beraten – wollen wir die zusätzlichen Befugnisse zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls entfristen. Bleibt der Gesetzgeber untätig, wird den Strafverfolgungsbehörden mit Ablauf des 11. Dezembers 2024 die Möglichkeit genommen, Einbruchdiebstähle in Wohnungen mithilfe einer Telekommunikationsüberwachung aufzuklären. Häufig ist die Telekommunikationsüberwachung der einzige Ermittlungsansatz. Alle Praktiker und Kriminalistenverbände haben sich in der Anhörung des Rechtsausschusses für unseren Gesetzentwurf ausgesprochen und auf die Wichtigkeit der Regelung hingewiesen.

Versorgung mit Medizinprodukten sicherstellen – Gesundheitswirtschaft nachhaltig stärken

Medizinprodukte leisten einen wichtigen Beitrag für eine effiziente Gesundheitsversorgung. Sie sind ein bedeutender Wirtschaftszweig in der Gesundheitsbranche. Seit Jahren bereitet sich die Arzneimitteltechnologie-Deutsche intensiv auf die EU-Verordnung 2017/745 – die sog. Medical Device Regulation, kurz MDR – vor. Die Kosten der Umsetzung liegen nach Schätzungen der Branchenverbände zwischen sieben und zehn Milliarden Euro. Eines der Hauptprobleme bei der MDR-Implementierung sind die Kapazitätsengpässe bei den sogenannten Benannten Stellen. Das sind staatlich autorisierte Stellen, die Medizinprodukte auf Konformität prüfen. Mit unserem Antrag, den wir in dieser Woche erstmalig beraten, fordern wir wesentliche Verbesserungen – insbesondere auf EU-Ebene. Diese betrifft vor allem eine zügige Anpassung der Kapazitäten der Benannten Stellen, den Abbau von Bürokratie sowie Sonderregelungen für Nischenprodukte. Wir wollen sicherstellen, dass die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschland insbesondere auch für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) in der Medizintechnologie gesichert bleibt.

Gesetz über die Selbstbestimmung und in Bezug auf der Geschlechtsbestimmung und zur Änderung weiterer Vorschriften

Mit diesem Gesetzentwurf – den wir in dieser Woche abschließend beraten – will die Ampel-Koalition das Transsexuellengesetz in Deutschland ersetzen. Nach dem Gesetzentwurf soll transsexuellen, intergeschlechtlichen und nichtbinären Menschen ermöglicht werden, ihren Geschlechtsnamen und Vornamen ohne Gutachten oder Beratung und gerichtliche Entscheidungen zu ändern. Die Änderungen sollen beim Standesamt mit einer Erklärung mit Eigenversicherung möglich sein. Laut Gesetzentwurf kann nach einem Jahr erneut eine Erklärung zur Änderung des Geschlechtsantrages und des Vornamens abgegeben werden. Für Minderjährige sollen grundsätzlich die gleichen Regeln gelten. Kinder bis 14 Jahre sollen durch bloße Erklärung ihrer Eltern den Geschlechtseintrag ändern können. Jugendliche ab 14 Jahren sollen eine Änderung selbst erklären können. Die Erklärung bedarf der Zustimmung der Sorgeberechtigten. Stimmen die Eltern als gesetzliche Vertreter nicht zu, so ersetzt das Familiengericht die Zustimmung, wenn die Änderung des Geschlechtseintrags und der Vornamen dem Kindeswohl nicht widerspricht. Können sich die Eltern nicht einigen, kann ein Familiengericht auf Antrag eines Elternteils diesem die alleinige Entscheidung übertragen. Maßstab ist das Kindeswohl. Das Gesetz verbietet mit dem Offenbarungsverbot zudem die Offenlegung früherer Geschlechtseinträge oder Namen gegen den Willen der betroffenen Menschen. Mit dem Gesetzentwurf wird für den Zugang zu Einrichtungen und Räumen sowie zur Teilnahme an Veranstaltungen auf die Vertragsfreiheit und das Hausrecht des jeweiligen Eigentümers oder Besitzers sowie das Recht juristischer Personen, ihre Angelegenheiten durch Satzung zu regeln, verwiesen. Das Gesetz trifft keine Bestimmungen in Bezug auf medizinische Maßnahmen zur Angleichung der Geschlechtsmerkmale. Hier gelten weiterhin die einschlägigen medizinischen Regelungen und Leitlinien. zum dritten Mal von der Tagesordnung streichen lassen.

WAHLKREIS AKTUELL

Gute Nachrichten für die Städte Verden und Walsrode

Haushaltsausschuss hat heute Projekte aus dem Bundesprogramm „Fördermaßnahme zum Natürlichen Klimaschutz in kommunalen Gebieten“ beschlossen

1,27 Mio. € für Verden
und
1,6 Mio. € für Walsrode

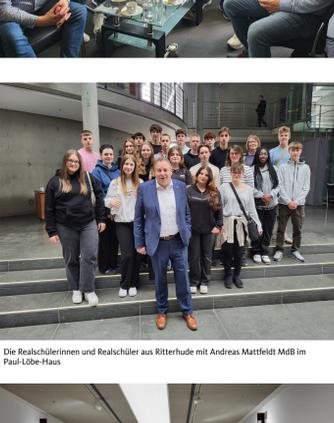
Andreas Mattfeldt
Bundestagsabgeordneter für Verden & Walsrode

1,27 Millionen Euro für Verden

In seiner Sitzung am Mittwochnachmittag hat der Haushaltsausschuss des Bundestages beschlossen, in dem völlig überzessenen Bundesprogramm „Förderinitiative für Natürlichen Klimaschutz in kommunalen Gebieten im ländlichen Raum“, das Teil des Aktionsprogrammes Natürlicher Klimaschutz (ANK) ist, bundesweit insgesamt 122 Projekte mit insgesamt 193,5 Millionen Euro zu fördern.

Durch meine Unterstützung für den Projektantrag der Stadt Verden wurde diese bei der Auswahl mitbedacht und erhält 1,27 Millionen Euro über das Bundesprogramm. In der Stadt Verden sollen mit der heute vom Haushaltsausschuss beschlossenen Millionenförderung des Bundes die Entscheidung von Flächen, also der naturnahe Rückbau, der Einbau von Rigolen zur Regenwasserspeicherung sowie die naturnahe Begrünung versickerender Außenanlagen ermöglicht werden. Die 1,27 Millionen Euro-Bundesförderung ist unter anderem auch für die Umgestaltungen im Bereich der Jahnschule gedacht. Da die Stadt das Projekt nicht aus eigener Kraft schultern kann, ist der Zuschuss des Bundes für eine zügige Umsetzung unverzichtbar.

Durch meinen Einsatz konnte dabei auch die Stadt Walsrode in meinen Betreuungswahlkreises Heidekreis 1,6 Millionen Euro für sich beanspruchen.



Die Besuchergruppe aus Grasberg mit Andreas Mattfeldt MdB im Reichstagsgebäude

Besuch aus dem Wahlkreis

Der ehemalige erste Stadtrat in Achim Bernd Kettenburg besuchte mit seiner Gattin und Freunden aus Eitze und Luttmum mich im Deutschen Bundestag. Nach einem politischen Small-Talk in meiner Air- und Space-Lounge führte ich sie durch das Bundestagsgebäude und den historischen Reichstag.

Realschule Ritterhude und Senioren aus Grasberg besuchten Deutschen Bundestag

Zwei Gruppen aus Ritterhude und Grasberg haben mich diese Woche im Deutschen Bundestag besucht. Die jungen Ritterhuder, die kurz vor ihrem Realschulabschluss stehen, zeigen sich sehr interessiert bei der persönlichen Führung durch den Bundestag, über die Abläufe im Deutschen Bundestag und die Geschichte des Parlaments in der Bundeshauptstadt. Vielen Dank anbei an die Lehrerin Tanja Jacobi für die gute thematische Vorbereitung des Bundestagsbesuches im Unterricht und für die Bereitschaft der Lehrer, die zeitlich aufwendigen Klassenfahrten zu organisieren. So können die Jugendlichen hier im Bundestag direkt persönlich erleben, wie unsere Demokratie funktioniert. Ich hoffe, dass dadurch Interesse an den demokratischen Parteien geweckt wird und das Wahlrecht auch dort die jungen Leute sich im besten Fall sogar für ein Engagement einer Partei in Ritterhude begeistern können.

Aus Grasberg informierte die eine Delegation des Seniorenrates und Mitglieder des CDU-Gemeindeverbandes Grasberg über die aktuelle Bundespolitik. Bei der persönlichen Führung durch den Bundestag ging es unter anderem um einen Teil des ehemaligen Tunnels, der den Reichstag mit dem Reichspräsidentenpalast verband und durch den der mutmaßliche Brandstifter vom Reichstagsbrand im Jahre 1933 gekommen sein soll. Dieser historische Ort zeigt, dass die Demokratie immer von extremistischen Kräften bedroht werden kann.

TERMINE UND AUSBLICK IM BUND

- 7. – 9. April: Informeller Landwirtschaftsministerrat
- 8./9. April: Anhörung zur Klage Nicaragua gegen Deutschland vor dem Internationalen Gerichtshof
- 9. April: Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zur Klimaklagen
- 9. April: PK zur Polizeilichen Kriminalstatistik 2023 mit BM Faeser
- 9. April: Bertelsmann Stiftung stellt Studie zur Bevölkerungsprognose bis 2040 vor
- 9. April: EU-KOM-Präs von der Leyen trifft BDA-Präsidium in Berlin
- 10. April: Fest des Fastenbrechens zum Abschluss des Fastenmonats Ramadan
- 10. April: EU-KOM: Diskussion über die Zukunft des Binnenmarktes, Mitteilung zu den Clean-Transition-Dialogen
- 11. April: BK Scholz spricht bei der Zentralen Abschlussveranstaltung für die Bundeswehreinätze in Mali im Bendlerblock
- 11. April: EZB-Ratssitzung mit Zinsentscheidung
- 11. April: Wohnungsbaugang u.a. mit BM Geywitz, BM Habeck

- 11. April: WeltTV-Duell: Mario Voigt gegen Björn Höcke
- 11. April: PK Klima-Allianz Deutschland, DGB, AWO, Fridays For Future, „Für einen Kurswechsel in der Finanz- und Haushaltspolitik“
- 11. April: Gipfeltreffen der „Drei-Meere-Initiative“ (12 EU-Mitgliedstaaten zwischen Ostsee, Adria und Schwarzes Meer)
- 11./12. April: Wirtschafts-/Finanzministerat (Aufbau- und Resilienzfaszilität, Ukraine, Vorbereitung G20-Finanzministertreffen) und Eurogruppe (Inflation, Wettbewerbsfähigkeit, Digitaler Euro)
- 11./12. April: Informeller Telekommunikationsministerrat (Verantwortung der Online-Nutzer, wirtschaftliche Sicherheit, digitale Infrastruktur)
- 12. April: Landesparteiag CDU Niedersachsen
- 12. April: BK Scholz empfängt den Ministerpräsidenten von Georgien Irakli Kobachidze
- 13. April: Landesparteiag CDU Mecklenburg-Vorpommern
- 14. April: Gedenkfeier zum 79. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald am 11. April 1945